

Vom Regen in die Traufe

Proletarische Frauen - vom DDR-Stalinismus zum BRD-Kapitalismus

Ute Mann, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019 (Erstveröffentlichung 1998)

Die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion als Garantie für die ökonomische Unabhängigkeit und politische Selbstständigkeit galt als der wichtigste Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Frauen waren als Arbeitskräfte eine wichtige Ressource der Planwirtschaft v. a. nach dem Krieg, als Arbeitskräfte knapp waren und massenhafte Abwanderungen durch das Verlassen der DDR Richtung Westen die Lage weiter erschwerten. Bis in die 1960er Jahre waren Frauen beinahe vollständig in die Arbeitswelt integriert. (1)

Integration der Frauen in den Produktionsprozess

Das niedrigere Produktivitätsniveau in der DDR (wie in allen stalinistischen Staaten) machte immer einen hohen Einsatz menschlicher Arbeitskräfte notwendig. Doch von den Industriegesellschaften der Nachkriegszeit war die DDR das einzige Land, das kontinuierlich Bevölkerungsverluste erlitt. Zwischen 1948 und 1989 schrumpfte die Bevölkerung um 2,7 Millionen auf 16,4 Millionen. Frauen waren auf formalrechtlicher und politischer Ebene gleichgestellt und stellten einen großen Teil der Arbeitskraft. Das Motiv des DDR-Stalinismus, Erleichterungen für Frauen einzuführen, war der wirtschaftliche Aufbau, der Aufbau des „Sozialismus“ in einem halben Land.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trat die KPD zunächst für den Aufbau eines „neuen demokratischen Deutschlands“ auf kapitalistischer Grundlage ein. Die diesem Ziel entsprechende Volksfrontkonzeption spiegelte sich auch in der Frauenpolitik wider. Nachdem bereits 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die eigenständigen ArbeiterInnenkomitees liquidiert und durch Volksfrontorgane ersetzt hatte, sollten nun auch die nach Kriegsende entstandenen antifaschistischen Frauenausschüsse in solche umgewandelt werden. Ziel war es, „Frauen aller Klassen auf breitester Basis“ zu umfassen, um sie für die Aufbauarbeit für ein „demokratisches Deutschland“ zu gewinnen.

Anfang 1947 gab es in der sowjetischen Besatzungszone 7.451 Frauenausschüsse, die ca. 250.000 Frauen umfaßten. Um diese Ausschüsse besser kontrollieren zu können, wurden sie per SMAD-Befehl aufgelöst und mit den Organisationen des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD), der am 8. März 1947 gegründet wurde, zusammengeschlossen. Der DFD gab sich programmatisch überparteilich, war aber dennoch eine Frontorganisation der SED, die 1946 aus der Fusion von KPD und SPD hervorgegangen war.

Das DFD-Programm hob hervor, dass „zum ersten Male die sozialistischen Frauen mit den Frauen aus den bürgerlichen Parteien und den parteilosen Frauen den Grundstein zu einer einheitlichen demokratischen Frauenbewegung legten“. Mit dieser programmatischen Erklärung verzichtete der DFD auf eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiterinnen, um die Klassenzusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien nicht zu gefährden. Ein Ergebnis dieser Politik war, dass die spezifischen Interessen von Proletarierinnen – immerhin die Mehrzahl aller Frauen – politisch nicht artikuliert wurden und viele substantielle Fragen der Stellung der arbeitenden Frauen in Produktion und Gesellschaft weder diskutiert noch gelöst werden konnten.

Auf dem 2. Parteitag der SED im September 1947 wurde eine Resolution zur Frauenfrage verabschiedet, die zwar einige Verbesserungen für Frauen enthielt (Öffnung und Zugang zu allen für Frauen geeigneten Berufen; Ausbau von Einrichtungen, die der Erwerbstätigen die Sorge um den Haushalt und die Familie erleichtern); wesentliche Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau wurden jedoch nicht geschaffen. Die Zuständigkeit der Frauen für die Reproduktionsarbeit innerhalb der Familie wurde gar nicht erst in Frage gestellt. Die umfassende Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozess war ebenso wenig das Ziel dieser Resolution wie die Vergesellschaftung der Hausarbeit als einer Grundvoraussetzung für die Frauenbefreiung.

Der Arbeitskräftemangel in der Nachkriegswirtschaft machte es aber notwendig, Frauen in großem Umfang für den Wiederaufbau und die Produktion heranzuziehen. Per SMAD-Befehl wurde daher das Prinzip der gleichen Entlohnung eingeführt. Außerdem sollte die Berufsnomenklatur überarbeitet werden. Beides stieß auf den Widerstand der männlichen Arbeiterschaft und deren Gewerkschaftsvertretungen. Statt die proletarischen Frauen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren, wurden auf bürokratischem Wege Frauenkommissionen eingesetzt, welche die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren sollten. Dieses rein administrative Vorgehen der StalinistInnen war aber kaum dazu geeignet, die historisch überkommene Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft zu überwinden.

Bürokratismus statt Frauenbefreiung

Dazu hätte es einer breiten politischen Debatte in ArbeiterInnenbewegung und Gesellschaft bedurft, die sich schonungslos mit gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und Praktiken auseinandersetzt, die Frauen an einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hindern. Diese (für Männer und Frauen) schmerzhafteste Debatte wurde jedoch auf unterstem Niveau ausgetragen. Nicht die Frauen selbst artikulierten ihre Bedürfnisse in organisierter Form, sondern der bürokratische Apparat bestimmte und legte fest. Wichtige Grundformen von Frauenunterdrückung – die Familie und die im privaten Rahmen erledigte Hausarbeit – standen nicht zur Disposition. So wurden auf dem Altar einiger Verbesserungen für Frauen die historischen Grundvoraussetzungen der Befreiung der Frau geopfert.

Die Schwangerschaftsunterbrechung wurde aufgrund medizinischer, ethischer und sozialer Indikation wegen der nach

Kriegsende herrschenden materiellen Not und dem enormen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften zunächst erlaubt. Doch schon 1950 wurde das Verbot wieder eingeführt. Änderungen des Ehegesetzes entfernten v. a. die nationalsozialistischen Bestimmungen. Dieses Hin und her gerade in der Abtreibungsfrage verweist sehr deutlich darauf, dass die stalinistische Frauenpolitik nicht an einer Strategie der Frauenbefreiung, sondern an konjunkturellen Erfordernissen der Entwicklung und an der Rücksicht auf bürgerliche Vorstellungen und Traditionen orientiert war.

Das traditionelle dreigliedrige Schulsystem wurde durch die achtklassige Pflichtschule für alle ersetzt. Bereits im Frühjahr 1946 wurde in den Ländern der SBZ das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ verabschiedet. 1959 wurde die zehnjährige Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule zur Pflichtschule. Die Erweiterte Oberschule mit den Klassen 11 und 12 führte zum Abitur. (2)

Tradierte Rollenverteilung

Die Einheitsschule kann man als einen ersten Schritt begrüßen, um die bildungspolitische Benachteiligung für Frauen aufzuheben. Auch im Bereich der höheren Bildung (Abitur, Hochschulstudium) gelang es, die Benachteiligung von Mädchen und Frauen im Wesentlichen zu überwinden. Allerdings blieb die Rollenverteilung – Männer eher technisch/praktisch, Frauen eher „humanistisch“ – weitgehend erhalten. 1948 löste der FDGB die gewerkschaftlichen Frauenkommissionen auf. 1949 beschloss die SED die Auflösung der Betriebsorganisationen des DFD, deren Haupttätigkeitsfeld nunmehr der kommunale Bereich sein sollte. Bis Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte der DFD knapp 1,5 Millionen Mitglieder. Nur 30 % von ihnen waren jünger als 53 Jahre. Der Verband richtete in Bezirks- und Kreisstädten insgesamt 210 „Beratungszentren für Haushalt und Familie“ ein. Seit 1967 unterhielt der DFD Frauenakademien für politische Schulung sowie für Veranstaltungen mit kultureller und hauswirtschaftlicher Thematik, was die staatstragende Rolle und Aufrechterhaltung der frauenfeindlichen Ideologie durch den DFD deutlich macht. Statt Instrument der Überwindung der Benachteiligung der Frau war der DFD vielmehr ein organisatorischer Rahmen für das „Ausleben“ der traditionellen Rolle der Frauen.

Die Illusion, ein geeintes, neutrales Deutschland zu schaffen, wurde durch die unterschiedliche Praxis in den Besatzungszonen zerstört. Während der Osten den Großteil der Reparationen an die UdSSR leisten musste, griff im Westen 1948 die Hilfe des Marshallplans. Frauen stellten die einzige verfügbare Arbeitskraftreserve dar. Daher sollten ihnen gesetzliche Maßnahmen den Eintritt in das Erwerbsleben erleichtern. Mitte der 1950er Jahre stagnierte der weibliche Beschäftigungsstand, was zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und des Dienstleistungssektors führte. Wichtige gesetzliche Maßnahmen dieser Zeit waren die verfassungsmäßige Verankerung der Gleichberechtigung der Geschlechter, des Prinzips der Lohngleichheit und die Aufhebung der Benachteiligung unehelicher Kinder und deren Eltern. Gleichzeitig jedoch wurden Ehe und Familie weiterhin als Grundlage des Gemeinschaftslebens angesehen und unter den Schutz des Staates

gestellt.

Die Einbeziehung der Frauen in die produktive Arbeit stieß jedoch auf den Widerstand der Männer. Viele Betriebe weigerten sich, Frauen entsprechend ihrer Qualifikation oder überhaupt einzustellen. Die zunehmende Kritik der Frauen daran zwang die SED, deren Organisation auf betrieblicher Ebene zu unterstützen, um die Männer, v. a. die Gewerkschaftsfunktionäre, unter Druck zu setzen. 1952 empfahl das Politbüro der SED, die Wahl von Frauenausschüssen überall dort, wo eine größere Anzahl Frauen arbeitet, zu unterstützen. Bis Ende 1961 entstanden so ca. 20.000 Frauenausschüsse mit ca. 140.000 Mitarbeiterinnen, von denen drei Viertel parteilos waren. Obwohl die Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit den Ausschüssen verpflichtet waren, kam es dennoch immer wieder zu Konflikten, so dass letztere Mitte der 1960er Jahre von der SED gegen ihren Willen den Betriebsgewerkschaftsleitungen unterstellt wurden.

Degenerierter ArbeiterInnenstaat

Die Probleme der gleichberechtigten Integration von Frauen in den Produktionsprozess sind allerdings nicht nur einer verfehlten Frauenpolitik der SED oder männlichen Ressentiments geschuldet. Vielmehr drücken sie ein allgemeines Problem aller degenerierten ArbeiterInnenstaaten aus. Es zeigte sich immer wieder, dass selbst positive Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen, die es ohne Zweifel gab, im Widerspruch zu den starren, bürokratischen Verhältnissen der Gesellschaft insgesamt standen. Solange z. B. die Kindererziehung fast ausschließlich in der Zuständigkeit der Frauen lag – und dieser Umstand wird ja gerade durch die Aufrechterhaltung der tradierten Familienstrukturen konserviert –, waren nach wie vor nahezu ausschließlich Frauen für die Betreuung kranker Kinder zu Hause zuständig, was zu mehr Ausfällen an Arbeitsstunden führte. Unter diesen Umständen war es klar, dass BetriebsmanagerInnen lieber Männer als Frauen beschäftigten. Was dieses und viele andere Beispiele zeigen, ist die prinzipielle Unmöglichkeit, selbst Teilverbesserungen langfristig durchzusetzen, wenn die grundlegenden, strategischen Aufgaben nicht gelöst werden.

Die „Zentralverwaltung sowjetischen Typs“ wurde in mehreren Etappen in der DDR eingeführt. Von 1952 bis 1985 sank der Anteil des Privateigentums auf 4,6 %. Bis auf 6 % wurde die Agrarfläche in LPGen eingebracht. Der Anteil der Selbstständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (1955 noch 20 %) sank bis 1988 auf 2 %. 1986 gab es 224 Industriekombinate, in denen die Volkseigenen Betriebe (VEB) zusammengeschlossen waren. In den Kombinatzen wurde auch ein Großteil der Forschungspolitik, der Freizeit- und Feriengestaltung, der sozialen Sicherheit u. v. m. bestimmt.

Qualifizierung

Bis Ende der 1950er Jahre war die Wirtschaft von der starken Abwanderung v. a. qualifizierter Arbeitskräfte belastet (ca. 3 Millionen flüchteten aus der DDR), die erst durch den Mauerbau gestoppt wurde. Nun ging es nicht mehr zuerst um die quantitative Einbeziehung

von Frauen in den Produktionsprozess, sondern um den Ausgleich des erhöhten Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften. Dies führte zur Aufstellung von Frauenförderungsplänen, zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Ausdehnung von Dienstleistungen. Der DFD unterhielt seit 1967 Frauenakademien für politische Schulung und Veranstaltungen mit kultureller und hauswirtschaftlicher Thematik. In Bezirks- und Kreisstädten richtete der DFD 210 „Beratungszentren für Haushalt und Familie“ ein. Dennoch wurde der DFD aufgrund seiner Funktion als Transmissionsriemen der herrschenden Kaste in das weibliche Proletariat hinein nie zur Organisation, der sich die Frauen zur Artikulierung ihrer Interessen bedient hätten.

Im Rahmen der Bildungsoffensive wurde von der Staatsführung eine Reihe von Frauenförderungsmaßnahmen beschlossen wie Frauensonderstudium oder verstärkte Qualifizierung von Frauen für technische Berufe. Frauen konnten sich nun für ihre berufliche Aus- und Weiterbildung freistellen lassen. Das Arbeitskollektiv musste jedoch den Produktionsausfall ausgleichen. Da auch in der DDR-Ökonomie die Entwicklung des Konsumgütersektors vernachlässigt wurde, vergrößerten Schlangestehen und der Mangel an effektiven Haushaltsgeräten die Arbeitslast der Frauen. Auch die Einführung eines monatlichen Hausarbeitstages, für den berufstätige Frauen von der Arbeit freigestellt waren, war eine widersprüchliche Maßnahme: einerseits galt die gesellschaftliche Anerkennung von Hausarbeit als notwendig und wurde in diesem Fall sogar bezahlt, andererseits wurde diese Tätigkeit wieder traditionell der Frau zugeordnet, was ihre Rolle als Aschenputtel nurmehr verfestigte und offiziell sanktionierte.

Hier soll auch auf ein grundsätzliches Problem der Gleichberechtigung der Frau in der DDR hingewiesen werden: die Doppelbelastung durch Beruf einerseits und Familie, Haushalt andererseits. Die Unterentwicklung des Dienstleistungssektors, der mangelhafte Grad der Vergesellschaftung der Hausarbeit und ein mangelhaftes Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs brachten es mit sich, dass die Bewältigung des Alltagslebens sehr mühsam und aufwändig war. Dieser Aufwand wurde zum großen Teil von Frauen und nicht von Männern bewältigt. Die Gleichberechtigung stellte sich so in der Praxis oft einfach als Doppelbelastung der Frauen dar. Die relativ gute Kinderbetreuung konnte die Frauen zwar entlasten, jedoch das Problem der Überbelastung natürlich nicht lösen. Allgemein wurde in den Jahrzehnten des Stalinismus deutlich, dass eine grundsätzliche Änderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft nicht möglich ist, ohne dass das allgemeine Niveau der Produktivität hoch ist, dadurch die Arbeitszeit deutlich verkürzt und somit auch die tradierte Arbeitsteiligkeit (die nicht nur eine zwischen Man und Frau ist) überwunden werden kann. Wie sollen Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teilhaben, wenn die gesamte Zeit für Arbeit, Einkäufe etc. benötigt wird?

Reaktionäre Familienpolitik

Neben den Qualifizierungskampagnen traten verstärkt reaktionäre, familienpolitische Maßnahmen in den Vordergrund, z. B. wurde aufgrund steigender Scheidungsziffern die Eheauflösung erschwert. Trotzdem war eine Ehescheidung sowohl juristisch als auch finanziell

im Vergleich zu den Regelungen der BRD einfacher. Ideologisch wurde diese „Wende“ 1965 mit dem Inkrafttreten des Familiengesetzes, das die Familie als „kleinste Zelle der sozialistischen Gesellschaft“ definierte, untermauert. Die Familie war auch im Stalinismus eine Einheit der sozialen Kontrolle und Disziplin. (3)

Nach dem Mauerbau verzeichnete die DDR dennoch die niedrigste Geburtenrate der Welt. Auch die familienpolitischen Maßnahmen konnten nicht zur Konstanz der Bevölkerungszahl beitragen. Im Westen glichen seit Ende der 1960er Jahre die hohen Geburtenraten der GastarbeiterInnen die Bevölkerungszahl aus. In der DDR war der Ausländeranteil mit ca. 1 % sehr gering, außerdem dehnte sich die Familienpolitik (wie auch die sonstige Rechtsprechung) nicht auf die ausländischen EinwohnerInnen aus. Vietnamesinnen z. B. wurden bei Eintreten der Schwangerschaft in ihr Heimatland zurückgeschickt. Trotz der Bildungsoffensive konzentrierten sich die Hauptbereiche für Frauen im mittleren administrativen Bereich, in sozialhelferischen Tätigkeiten oder in schwerer, monotoner Fabrikarbeit, z. B. am Fließband. Gesellschaftlicher Aufstieg hing außerdem ganz wesentlich von der Loyalität gegenüber der herrschenden Kaste und ihren Institutionen ab. Die Verbesserung der Karrieremöglichkeiten wirkte sich aber stärker auf Frauen der Bürokratschicht aus, während Männer weiterhin das Management besetzten.

Die von Mädchen und Jungen bevorzugten Ausbildungsbereiche unterschieden sich in der DDR kaum von denen der Jugendlichen in der BRD. Hier wie dort, damals wie heute konzentrierte sich die Mehrheit der Auszubildenden auf wenige Berufe. Trotz aller Betonung der Gleichheit für ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Intelligenz, trotz aller Behauptungen, die Chancengleichheit für ArbeiterInnenkinder zu erhöhen und v. a. ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenkinder studieren lassen zu wollen, war auch in der DDR die Ausbildungschance von Akademikerkindern höher als von Kindern mit Eltern, die eine acht- bis zehnjährige Schulzeit absolviert hatten. Andererseits gab es eine Reihe von Maßnahmen, um der traditionellen Benachteiligung von Nichtakademikerkindern positiv entgegenzuwirken. So waren der Anteil und v. a. die realen Chancen für ArbeiterInnenkinder zu studieren besser als in der BRD.

Die stalinistische Methode zur Produktionssteigerung war nicht eine Verstärkung der Technologie-Investition, sondern meist eine rein quantitative Ausdehnung der Produktion. Durch die bürokratische Unterdrückung und Gängelung des Proletariats wurden nicht nur der Anreiz sondern auch fast alle strukturellen Möglichkeiten für die Planung und Verbesserung der Produktion beschnitten. Daher mussten die Anzahl der Arbeitskräfte erhöht und auch Frauen in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden. Gleichzeitig erforderte das aber auch, für eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften in der Zukunft zu sorgen, was durch die Geburtenförderung erreicht werden sollte.

Beruf und Familie

Seit Mitte der 1960er Jahre führten sinkende Geburtenraten und steigende Scheidungsquoten zu einer

frauenpolitischen Kurskorrektur: Frauenpolitik wurde in Familien- und Mütterpolitik umgewandelt. Die Drei-Kind-Familie wurde propagiert, um die einfache Reproduktion zu gewährleisten. Das 1950 wieder eingeführte Abtreibungsverbot hatte die Zahl illegaler Abtreibungen in die Höhe schnellen lassen, was 1972 dazu führte, dass die Schwangerschaftsunterbrechung gesetzlich freigegeben wurde (4) – übrigens das einzige Gesetz, bei dem die Volkskammer keine Einstimmigkeit erzielen konnte! Sozialpolitische Maßnahmen wie Ehekredite, staatliche Geburtshilfe, Erhöhung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs, Arbeitszeitverkürzungen für berufstätige Mütter auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich und Babyjahr flankierten diesen Wandel.

Solche Maßnahmen trugen zwar begrenzt fortschrittlichen Charakter, verfestigten aber auf der anderen Seite auch die Rolle der Frau in der Familie. Männer konnten diese Rechtsansprüche nicht gleichberechtigt wahrnehmen, was die Zuständigkeit der Frauen für den familiären Bereich untermauerte und ihre Unterdrückung festigte. Hinsichtlich der zahlenmäßigen Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit und der damit verbundenen ökonomischen Unabhängigkeit trug die Frauenpolitik der DDR durchaus emanzipatorische Züge, die zu einem „Gleichstellungsvorsprung der DDR gegenüber der BRD“ führte. Ende der 1980er Jahre waren rund 90 % aller Frauen berufstätig, davon hatten 87 % eine abgeschlossene Berufsausbildung. Kinderbetreuungseinrichtungen deckten 95 % des Bedarfs ab. (5) Allerdings war diese Gleichberechtigung nicht von den Frauen erkämpft. Sie war „für Frauen gemacht“ und reproduzierte den Traditionalismus im Geschlechterverhältnis. Frauenarbeit hieß auch quasi „wesenhafte“ Zuständigkeit für Kinder, Familie und Hausarbeit. Sexismus in der Erziehung und strenge Arbeitsteilung waren die Norm. Mädchen wurden gedrängt, sozialhelferische und wenig qualifizierte Berufe zu ergreifen. Nur einigen wenigen Vorzeige-Arbeiterinnen wurden Möglichkeiten gegeben, in männerdominierte Bereiche vorzudringen.

Polarisierung

Die Familienpolitik begünstigte soziale Polarisierungen zwischen den Geschlechtern wie gravierende Einkommensunterschiede, Differenzen hinsichtlich beruflicher Entwicklungsverläufe wie auch unterschiedliche Zeitressourcen von Männern und Frauen. Ein Drittel der Frauen war teilzeitbeschäftigt. Die Entlohnung in typischen Frauenberufen lag im Durchschnitt ein Drittel unter jener der Männer, was den Vorteil der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann wieder schmälerte. Die Trennung vom Mann bedeutete auch im Stalinismus einen Verlust an Lebensstandard. Auch in der DDR besetzten Frauen die unteren Ränge der betrieblichen Hierarchie und jene gesellschaftlichen Arbeitsfelder, die neben einem geringeren Durchschnittseinkommen auch einen niedrigeren Status besaßen, während Männer weiterhin das politische Leben in Partei, Betrieben und Gewerkschaften dominierten.

Die Notwendigkeit, Beruf und Mutterschaft miteinander zu vereinbaren, führte dazu, dass Frauen häufiger als Männer in Berufe wechselten, die unterhalb ihrer Qualifikation lagen, oder dass sie Qualifizierungsmöglichkeiten nur beschränkt wahrnehmen konnten und beruflich nicht so flexibel waren. Auch bildungspolitische Beschränkungen und

betriebliche Rekrutierungsstrategien trugen zur Aufrechterhaltung von geschlechtsspezifischen Branchenaufteilungen bei. Trotz existierender Frauenförderungspläne ermöglichten sie den Betrieben, die bürokratische Entscheidung über die Vergabe von Ausbildungsplätzen, den Anteil weiblicher Lehrlinge gering zu halten. Nach der familienpolitischen Wende stiegen die Scheidungsquoten, was nur scheinbar ein Widerspruch ist und eine gewisse Rebellion der Frauen ausdrückt. Erstens hatte die Frauenpolitik die Frauen verändert, die Männer aber kaum. Zweitens blieben die Frauen dennoch in traditionellen Geschlechterstrukturen und Stereotypen gefangen. Steigende Scheidungsquoten gingen mit hohen Wiederverheiratungsraten einher. (6) Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften betrug dagegen im Osten wie im Westen ca. 8 %.

80 % der Mitte der 1980er Jahre befragten Jugendlichen hatten in der Schule die Erfahrung gemacht, dass man nicht sagen durfte, was man dachte, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Formalismus und Routine bestimmten den Schulalltag. Der „vormundschaftliche“ Staat verlängerte sich auf diese Weise in die Schule hinein und verwies die SchülerInnen auf die Position der Unmündigen, Abhängigen, Geleiteten. Die Familie war für viele eine vertraute Alternative, eine Art Gegenstruktur. Männer waren trotz der Berufstätigkeit der Frau immer noch die Hauptverdiener. Auch die Arbeitsteilung in der Familie erfolgte nach geschlechtsspezifischem Muster und prägte die Wertorientierungen Heranwachsender. Bis heute hat die Familie für die Ostdeutschen einen hohen Stellenwert, dabei haben die Auffassungen über geschlechtsspezifische Zuständigkeiten überdauert. (7)

Widersprüche

Die Errungenschaften der DDR in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frauen waren vielfältig, unzureichend und widersprüchlich. Dem hohen Grad der Einbeziehung von Frauen ins Berufsleben (v. a. auch im Bereich der Industrie im Vergleich zum Westen), ihrer größeren ökonomischen Unabhängigkeit und damit zusammenhängend ihrem größeren Selbstbewusstsein standen auf der anderen Seite eine enorme Doppelbelastung im Alltag und eine nach wie vor überproportional starke Einbindung in Familie und Haushalt und das Fehlen eigenständiger Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten in Politik und Gesellschaft gegenüber. Die sozialen Errungenschaften der DDR – die Planung der Wirtschaft, die Abschaffung des Privateigentums und die weitgehende Überwindung der Klassendifferenzierung – waren eine Basis, die nicht nur positiv für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau, sondern historisch gesehen sogar eine unverzichtbare Bedingung für die Erreichung dieses Zieles ist.

Doch die Herrschaft der bürokratischen Kaste der StalinistInnen verhinderte eine wirkliche Emanzipation der Frau doppelt: zum einen durch eine Frauenpolitik, die die vom Marxismus postulierte Ziele und Bedingungen ihrer Befreiung ignorierte und sie stattdessen den bornierten Bedürfnissen der Reproduktion ihres starren Gesellschaftsgefüges opferte; zum anderen, indem die Bürokratie die Weiterentwicklung der Gesellschaft Richtung Sozialismus blockierte und das Proletariat als deren Akteur fesselte. Das Beispiel von 40 Jahren DDR zeigt die historische

Möglichkeit der Frauenbefreiung im Sozialismus wie auch die Unmöglichkeit, dieses Ziel mit den Mitteln des Stalinismus zu erreichen.

Kapitalistische Restauration

Aufgrund der Wiedervereinigung mit der imperialistischen BRD hat der Restaurationsprozess im Osten Deutschlands eine gewisse Sonderstellung in der Restauration Osteuropas.

Trotz fast vollständiger Integration der Frauen in das Erwerbssystem der DDR war die geschlechtsspezifische Aufteilung der Erwerbsarbeit kaum in Frage gestellt, in manchen Bereichen eher noch verschärft worden. Relativ stabil blieben auch die für weibliche Erwerbsarbeit typischen Merkmale wie niedrigere Bezahlung typischer Frauenberufe; geringere Aufstiegschancen; schlechtere Bedingungen, höhere Qualifikationen auch tatsächlich anzuwenden. Für die Frauen der DDR wirkte Westdeutschland attraktiv durch die vermeintlichen demokratischen und individuellen Freiheiten, durch seinen Reichtum, das Konsumgüterangebot, die moderne Kleidung und durch gewisse sexuelle Freiheiten der Frauen des Westens.

Diese Attraktivität ging schnell verloren, als Marktpreise für Wohnen, Nahrung, Kinderbetreuung usw. bezahlt werden mussten. Die Einkommen im Osten stagnieren, während für Sozialversicherungspflichtige die Beitragsbemessungsobergrenzen weiter angepasst und die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung angehoben wurden. Für die Frauen Ostdeutschlands, die keine Alternative zum Hausfrauendasein haben, wurde die Abhängigkeit vom Einkommen des Mannes zur Kette, die sie an die Familie schmiedete. Merkmale feminisierter Armut schlagen nun auch voll auf den Osten Deutschlands durch. Hauptgruppen sind wie im Westen alleinerziehende Mütter, arbeitslose Frauen und Frauen (Witwen) ohne eigene Versichertenrente. Dazu kommt, dass bei Frauen aller Altersgruppen Einkommensarmut häufiger auftritt als bei Männern. Auch schon während der Wende gab es Aktionen von Frauen für das Weiterbestehen der Kindereinrichtungen und der fortschrittlicheren Abtreibungsgesetze. Frauen waren auch aktiv im Kampf gegen den Stalinismus.

Mit wachsendem Selbstbewusstsein der reaktionären Kräfte ließen die Mobilisierungen der Frauen jedoch nach. Das lag u. a. auch daran, dass es in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in der DDR (SED, FDGB) keine eigenständigen Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten für Frauen gab und in der Wendezeit dieses Problem kaum gesehen wurde bzw. der Kampf darum durch die Gründung alternativer Organisationen wie dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) ersetzt wurde.

Mit dem Umschlagen der Revolution in die Konterrevolution änderten sich auch die Themen und die Organisationen der Frauen. Obwohl sie in Gestalt des UFV 1989 am „Runden Tisch“ teilnahmen, wurden im Zuge der Restauration ihre Interessen von allen Parteien übergeben.

Der FDGB, dem vor der Wende fast alle Werktätigen angehörten, löste sich am 30. September 1990 formal auf, nachdem er auf seinem letzten Kongreß die Satzung so geändert hatte, dass sich der

Organisationsbereich des DGB nun auch auf die fünf neuen Länder und Ost-Berlin erstreckte. Es gab nur Einzelübertritte vom FDGB in den DGB, die Organisationsstrukturen in den neuen Bundesländern wurden faktisch neu aufgebaut. Die Übernahme von FunktionärInnen des FDGB in den DGB war selten.

Im ersten Jahr der Einigung konnte der DGB im Osten zunächst einen höheren Organisationsgrad verbuchen als im Westen, aber bedingt durch Arbeitslosigkeit und die Umstrukturierung der Wirtschaft ging er wieder zurück. Ende 1992 hatte der DGB 11 Millionen Mitglieder, davon 7,9 Millionen in den alten und 3,1 Millionen in den neuen Bundesländern. Der Anteil der weiblichen Mitglieder betrug in der Gruppe der ArbeiterInnen 32 %, in der Gruppe der Angestellten 56,4 % und bei den BeamtInnen 22,3 %.

Gewerkschaften

Zum Absinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades hat die Politik der Gewerkschaftsführung selbst in einem nicht unerheblichen Maße beigetragen. Das deutsche Kapital zehrt noch heute, fast ein Jahrzehnt nach der Wende, von der Bereitwilligkeit der Gewerkschaftsführung, das Proletariat im Kampf gegen die sozialen Auswirkungen der Restauration zurückzuhalten und die Spaltung in ost- und westdeutsche ArbeiterInnenklasse zu zementieren. Noch immer erhalten die ArbeiterInnen im Osten einen geringeren Lohn als im Westen. Wie wenig die von der Gewerkschaftsführung für den Osten favorisierten Abwiegelungsmodelle wie „Beschäftigungsgesellschaften“, ABM u. ä., die v. a. dazu dienen, den Anschein vorübergehender Strukturanpassungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten, geeignet sind, einen „gesamtgesellschaftlichen Ausgleich der sozialen Härten“ der Restauration zu erreichen, wird nun, nachdem der kurze Nach-Wende-Boom vorbei ist und die Krise auf Gesamtdeutschland durchschlägt, immer offensichtlicher.

Der seit Juni 1990 festzustellende überproportionale Anteil von Frauen an den Arbeitslosen ist ein klares Indiz dafür, dass der Umbau des Wirtschaftssystems in der Ex-DDR keineswegs geschlechtsneutral verläuft. (8) Der im April 1991 erstmalig in den neuen Ländern durchgeführte Mikrozensus zeigte, dass die Erwerbsquote der Frauen von ca. 90 % auf 73 % gesunken war. Zwischen 1990 und 1992 wurden 2/3 der ostdeutschen Industrie zerstört. 1992 waren nur noch 750.000 in Industrie und Handel vollbeschäftigt. Das entsprach etwa einem Viertel des Beschäftigungsstandes von 1990. Die landwirtschaftliche Produktion sank bis Mitte 1992 auf die Hälfte. 1989 hatte die ostdeutsche Wirtschaft 9,6 Mio. Beschäftigte. 1992 waren 4 Mio. davon arbeitslos, in Kurzarbeit oder (als PendlerInnen, PensionistInnen, Hausfrauen u. ä.) vom Arbeitsmarkt verschwunden. (9)

Arbeitslosigkeit

Dabei erwies sich zunächst nicht so sehr das Entlassungsrisiko als geschlechtsspezifisch. Vielmehr sind die Chancen, ein neues Beschäftigungsverhältnis einzugehen, für Frauen geringer. 1995 betrug die „stille Reserve“, die keine Chance zu einem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt hat, 2,3 Millionen. Immer größer werdende Zahlen an Langzeitarbeitslosen und

die sinkende Bezugsdauer von Arbeitslosengeld führen dazu, dass die Zahl jener, die gleich an die Sozialbehörden verwiesen werden, wächst. So gab es 1995 300.000 Beschäftigte, die auf Sozialhilfe angewiesen und 2,5 Mio. Arbeitslose (Ostdeutschland), die wegen der niedrigen Lohnersatzleistungen teilweise zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen waren.

Die strukturellen Veränderungen des Erwerbssystems sind gekennzeichnet durch einen nachhaltigen Branchenumbau. Grundtendenz ist dabei die Verminderung des Frauenanteils innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Diese Tendenz setzt sich unabhängig durch, ob es sich um eine Branche im Aufschwung, eine niedergehende oder stagnierende handelt, oder ob es sich um eher männer- oder frauentypische Erwerbsefelder handelt:

- In der DDR frauentypische Branchen werden zu Mischbranchen (Handel, Banken, Versicherungen u. a. Dienstleistungen). Unter den Bedingungen eines veränderten Arbeitsmarktes reflektieren Männer verstärkt auf diese Bereiche. In den privatisierten Ex-Treuhandfirmen des Dienstleistungsbereiches ist bis 1992 der Frauenanteil von 71 % auf 53 % zurückgegangen. Außerdem stagnieren die primären Dienstleistungen und die einfachen Bürotätigkeiten, während die qualifizierten sekundären Dienstleistungsbereiche ausgeweitet werden.

- Mischbranchen werden zu männerdominierten Branchen (übriges verarbeitendes Gewerbe, Landwirtschaft, Verkehr, Bahn, Post).
- Traditionell schon zu DDR-Zeiten männertypische Branchen schließen sich weiter gegen Frauenerwerbsarbeit ab (Bergbau, Energiegewinnung, Bauwirtschaft, Metall-/Elektroindustrie). (10)

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklungsverläufe sind auch hinsichtlich der beruflichen Stellung zu beobachten. Bereits im Frühjahr 1991 waren kaum noch Frauen in Leitungspositionen beschäftigt. Bei hochqualifizierten Führungs- und Berufspositionen beträgt der Frauenanteil deutlich unter einem Zehntel. (Nur bei einigen akademischen Berufen sind die Frauen in der Überzahl: Lehrerinnen 55 %, Schulleitung jedoch nur 20 %, Ärztinnen und Apothekerinnen 46 %). (11) Damit haben sich auch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern weiter verstärkt. Während 1991 von den männlichen Erwerbstätigen 7 % ein Nettoeinkommen von mehr als 5.000 Mark monatlich hatten, waren es bei den Frauen nur 0,8 %.

Frauen sind auch häufiger als Männer von Kurzarbeit betroffen, da sie häufiger in Kleinbetrieben ohne Zuschusszahlungen tätig sind und sich auf Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe konzentrieren, die auch in kurzarbeitenden Betrieben von Entlassungen betroffen sind.

Einzelne Berufsgruppen sind überproportional von Frauen besetzt: Tierpflege, Textilverarbeitung, Warenkaufleute, Bürofachkräfte, ärztliche Pflege- und Hilfsberufe, Sozialpflegeberufe, Reinigungsdienste. (12) Weniger als 36 Stunden wöchentlich arbeiten 3,4 % der Männer und 32,6 % der Frauen. 1991 betrug der

Anteil der Frauen bei den Selbstständigen 25,7 %, bei den mithelfenden Familienangehörigen 84 %, bei den BeamtInnen 22,3 %, bei den Angestellten 56,2 % und bei den ArbeiterInnen 29,8 %.

Erwerbsneigung

Die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen ist wie die Orientierung auf die prinzipielle Vereinbarkeit von Beruf und Familie nahezu ungebrochen. Für 1991 seien folgende Vergleichszahlen für erwerbstätige Frauen mit Kindern genannt: Von 100 Frauen der Altersgruppe der 25-29-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 81, in den alten Bundesländern 50; von der Altersgruppe der 30-34-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 84 und in den alten 54. Eine möglichst kontinuierliche Erwerbstätigkeit der Frauen gehört nicht nur zu den kulturellen Erfahrungen der Frauen, sondern auch der Männer.

Ostdeutsche Männer halten es zu 93 % für selbstverständlich, dass ihre Partnerin erwerbstätig ist, wenn keine Kinder im Haushalt leben (75 % der westdeutschen Männer). Ist ein Kleinkind zu versorgen, so sind 54 % der ostdeutschen Männer für eine Teilzeitbeschäftigung der Frau (21 % der westdeutschen Männer). Unter diesen Bedingungen plädieren 78 % der westdeutschen Männer für einen Ausstieg aus dem Beruf (ostdeutsche 37 %). (13) Für die Mehrzahl der ostdeutschen Frauen vollzieht sich der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit nicht als familienbedingte Unterbrechung, sondern als unfreiwilliger Verlust des Arbeitsplatzes.

Warteschleife

Dementsprechend zeigen sie durchaus Mobilität und Flexibilität, wenn es darum geht, sich auf neue Arbeitszusammenhänge einzulassen: Qualifizierung, ABM-Maßnahmen und Projektbeschäftigung werden als Mittel gesehen, um sich im Erwerbssystem zu halten. 2 Mio. insgesamt „entlasteten“ 1995 den Arbeitsmarkt durch solche „arbeitsmarktpolitischen Instrumente“. 500.000 hatte der öffentlich geförderte „zweite Arbeitsmarkt“ (ABS, ABM, §249 AFG) zur gleichen Zeit aufgesogen. Die Beschäftigung von Frauen nimmt auch auf dem „dritten Arbeitsmarkt“ zu, der durch die Legalisierung der Beschäftigung von Arbeitslosen oder SozialhilfeempfängerInnen außerhalb des Tarifsystems entsteht und ständig wächst. Gleichzeitig nimmt die „geringfügige Beschäftigung“ (nicht versicherungspflichtige Teilzeitarbeit unter 20 Stunden) zu. 1995 waren in der gesamten BRD 2,5 Mio. „geringfügig beschäftigt“.

Im Zuge härter werdender Verteilungskämpfe werden sich die geschlechtsspezifischen Differenzierungslinien wie die zwischen den einzelnen Frauengruppen auch entlang solcher Merkmale wie Mutterschaft oder kinderlos, alleinerziehend oder mit Partner, Kinderanzahl usw. vertiefen. Die ausschließliche Zuständigkeit für Haushalt und Kinder schränkt die räumliche und zeitliche Mobilität der Frauen ein. Die weitere Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verkürzung der Öffnungszeiten unter dem Vorwand der „geburtenschwachen Jahrgänge“ führen zu weiterer Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Frauen, insbesondere Ostfrauen, zählen schon heute zu den „Unterversorgungsrisikogruppen“ genauso wie kinderreiche Haushalte in Ost und West. Das materielle Lebensniveau sinkt eindeutig mit steigender Kinderzahl. Sinkende Geburtenraten (14) wie rückläufige Eheschließungs- (15) und Scheidungsquoten (16) zeigen, dass auch im Osten die Risiken der Individualisierung durch eine veränderte Lebensplanung minimiert werden sollen. (17) Vor allem Alleinerziehende (18) - überwiegend Frauen; der Anteil der alleinerziehenden Männer betrug 1991 in Deutschland 14 % - sind in den neuen Bundesländern von den Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Gründe dafür sind v. a. der Wegfall des Kinderbetreuungsnetzes, die zeitlichen und räumlichen Grenzen für Umschulungsmöglichkeiten oder die durch die Überbelastung bedingte erhebliche Reduktion von sozialen Kontakten.

Nur 3 % der ostdeutschen Frauen können sich ein Leben als „Hausfrau“ vorstellen. 2/3 der Frauen würde auch arbeiten, wenn sie das Geld nicht bräuchten. Aber inzwischen sind es fast 46 %, die eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit für die Kinderbetreuung ins Auge fassen (Dreiphasenmodell). (19) Arbeitslosigkeit und Mangel an bezahlbaren wie an Kinderbetreuungseinrichtungen überhaupt zwingen die Frauen oft, zu Hause zu bleiben. Gleichzeitig sind immer mehr Beschäftigte zu schlecht bezahlter Arbeit gezwungen. (20)

Ungleichheit

Obwohl sich im Westen Deutschlands die Quoten der Chancengleichheit durch verbesserte höhere Schulbildung bei Jungen und Mädchen angeglichen haben, wobei die Mädchen in vielen Positionen sogar eine deutliche Überlegenheit zeigen, so ist die Schlechterstellung von Frauen in der späteren Arbeits- und Berufswelt eindeutig dokumentierbar.

Entgegen den Behauptungen der durch die Wende endlich erreichten „Freiheit“ erweist sich die deutsche Nachwende-Realität als wenig segensreich für Frauen. Unter dem Druck des mit der Restauration wiedereingeführten Mehrwertgesetzes als Grundprinzip des Wirtschaftens sind eine ganze Reihe von sozialpolitischen Errungenschaften der DDR entweder beseitigt, eingeschränkt oder kaum noch erschwinglich geworden. Weniger oder kaum noch erschwingliche Kinderbetreuung stellt Frauen stärker als in der DDR vor die Alternative Beruf oder Kinder.

Wachsender Leistungsdruck in den Arbeitsverhältnissen erschwert eine Berufstätigkeit für Frauen (v. a. mit Kindern) zusätzlich. Trotz gewisser Verbesserungen und Erleichterungen im Alltagsleben ist die traditionelle Rolle der Frau innerhalb von Familie und Haushalt weiter ungebrochen und teilweise sogar verstärkt worden. Dazu trägt auch das über die Medien massiv verbreitete tradierte Frauenbild bei.

Vor allem aber ist die Stellung der Frauen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung und im Klassenkampf keine bessere als zu Zeiten der DDR. Gerade eine solch eigenständige und aktive Beteiligung von Frauen im Klassenkampf ist aber die entscheidende Bedingung für die Überwindung der Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen in der Gesellschaft. Der DFD bildete in der Volkskammer eine eigene Fraktion, der zuletzt 35 Frauen

angehörten und deren hauptamtliche Funktionärinnen - überwiegend SED-Mitglieder - die Aufgabe hatten, die Politik der Partei im DFD durchzusetzen.

Mit dem Entstehen der Oppositionsbewegung der DDR Ende der siebziger und in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden auch reine Frauengruppen um ökologische oder friedenssichernde Fragen wie z. B. die Initiative „Frauen für den Frieden“, die sich aus Protest gegen das 1982 verabschiedete neue Wehrdienstgesetz gegründet hatte, dem zufolge im Verteidigungsfall auch Frauen eingezogen werden sollten. Diese Frauengruppen, die zusammen etwa 300 Mitglieder zählten, trafen sich unter dem Dach der evangelischen Kirche.

Noch 1948 hatte die SMAD die Gründung der Evangelischen Kirche Deutschlands in Eisenach als „kirchliche Vorwegnahme der staatlichen Wiedervereinigung“ begrüßt. Die katholischen Bistümer Fulda, Osnabrück, Paderborn und Würzburg ragten in das DDR-Territorium, was zusammen mit der Gründung der EKD und den alle zwei Jahre im Wechsel stattfindenden Katholikentagen und evangelischen Kirchentagen eine gesamtdeutsche Klammer bildete. Obwohl die SED bestrebt war, den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen, und zuletzt der Anteil der Kirchenzugehörigkeit deutlich unter 30 % (in den Industriezentren unter 10 %) gesunken war, ließ sich die stalinistische Partei von der „Weltöffentlichkeit“, die sie an das „welthistorische Erbe“ gemahnte, und im Interesse der „friedlichen Koexistenz“ zu einem kirchenpolitischen Zickzackkurs verleiten.

Die Kirche stellte den DDR-Oppositionellen die Kommunikationshilfe zur Verfügung, mit der sie Kontakt mit Gleichgesinnten außerhalb der DDR unterhalten konnten. Die DDR-Oppositionellen, auch die Frauengruppen, waren stark von westlichen Ideologien wie Pazifismus und Feminismus beeinflusst und konnten sich nicht aus der Kleinbürgerlichkeit der Bürgerbewegung lösen. Ihre Forderungen umfassten Quotenregelungen auf allen Parteiebenen, für alle Funktionen und Mandate, spezielle Frauengremien im Staatsapparat, in Parteien und Gewerkschaften sowie flexible, familienorientierte Arbeitszeiten. Diese Forderungen übernahmen während der Wende - mal stärker, mal weniger betont - alle Parteien, so auch die DDR-CDU, die mit 46 % den stärksten Frauenanteil hatte.

Am „Runden Tisch“

Unter dem Slogan „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ konstituierte sich im Dezember 1989 der UFV als Dachverband von damals 20 Gruppierungen. Er ging mit der Grünen Partei eine Listenverbindung für die Volkskammerwahl ein, die er jedoch wieder löste, weil sich für ihn durch seine Listenplatzierung keine Parlamentssitze ergaben. Im Februar 1990 gehörten dem Verband bereits 34 Frauengruppen an. Sie gaben sich ein Statut und ein Programm und öffneten sich 1992 auch für westdeutsche Mitglieder.

Die Tatsache, dass Mitglieder der Berliner Basisgruppen ohne Wissen der Provinzgruppen Vorsitz und Sprecherfunktion in der Organisation übernahmen, zeigt, dass sich Strukturen und Befugnisse trotz aller Betonung der „Basisdemokratie“ ohne wirkliche demokratische Legitimation

durchsetzen. Die Berliner Gruppen entschieden auch über die Teilnahme und personelle Vertretung am „Runden Tisch“. Der UFV hatte im Kabinett der klassenkollaborationistischen Modrow-Regierung einen Ministerrang inne. (21)

Der Verband sah sich als eine eigenständige politische Interessengemeinschaft von Frauen und als Bestandteil der weltweiten Frauenbewegung, die „für die Abschaffung unterdrückender Herrschafts- und Denkstrukturen kämpft, die eine gewaltlose, demokratische, ökologisch stabile, sozial gerechte und multikulturelle Welt schaffen will“. Grundsätzliche Fragen wurden allerdings schon bald von akuten existentiellen Problemen überlagert. Die Frauengruppen setzten sich nun vorrangig für den Erhalt des sozialen Besitzstandes ein.

Soziale Sicherung der individuellen

Existenz und Wohlfahrt, die sich in erster Linie über Erwerbsarbeit herstellt, wurde in den letzten Jahrzehnten für Frauen immer wichtiger und hat heute schon fast den traditionellen Ausgleich der Lastenverteilung über die lebenslange Versorgung abgelöst – auch weil die Verlässlichkeit dieses Arrangements abnimmt.

Für die BRD – wie für andere

imperialistische Länder auch – gab es in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang der Schwerindustrie und der Fabrikarbeit bei einer gleichzeitigen Ausweitung der Leichtindustrie und des Dienstleistungssektors. (22) Auffällige Merkmale dieser Entwicklung der Produktionsstruktur sind der Rückgang der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, der Rückgang der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, der Anstieg der unselbstständig Beschäftigten auf fast neun Zehntel aller Erwerbstätigen und der enorme Anstieg der Beschäftigten im Dienstleistungssektor.

Modernisierungstheorie

Dieser Prozess, der dem Anstieg von

Frauenarbeit zugrunde liegt, wird in der feministischen Debatte mit „Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft“ bezeichnet und jetzt einfach auf die Ex-DDR übertragen. D. h., der Restorationsprozess wird mit nachholender „Modernisierung“ gleichgesetzt, bei dessen Abschluss sich die Lage der Frauen auf das westliche Niveau eingeepegelt haben wird.

Inhalt der „Modernisierungstheorie“ ist,

dass in allen sich industrialisierenden Ländern Urbanisierung, Alphabetisierung, politische Teilhabe, Differenzierung und Autonomie, soziale und geographische Mobilität ansteigen und die traditionelle und lokale Orientierung notwendigerweise einer nationalen und schließlich kosmopolitischen weichen müsse. Auf die kapitalistische Wiedervereinigung bezogen heißt das: Die Mehrheit der BürgerInnen der DDR habe das Gesellschaftssystem der BRD mit Konkurrenz, Marktwirtschaft, Konsum, Mobilitätsmöglichkeit und Wohlfahrtsstaat als eines ohne Alternative anerkannt. Eindeutige „Modernisierungsrückstände“ habe es bei der Ausbildung von sozialen Bewegungen und Pluralismus, von Partizipation und einer Differenzierung der Lebensformen und Lebensstile gegeben und diese würden jetzt nachgeholt.

Diese auf reinem Empirismus aufgebaute Theorie lässt die Grundlagen, auf denen ein Gesellschaftssystem aufgebaut ist, den Boden, auf dem Urbanisierung, Alphabetisierung, Mobilität oder politische Teilhabe gedeihen und vergehen können, völlig außer Acht. Soziale Bewegungen und Pluralismus erscheinen so als „Errungenschaften“ der in der „Modernisierung“ am weitesten fortgeschrittenen Staaten und nicht als Ausdruck der Widersprüchlichkeiten des jeweiligen Gesellschaftssystems.

So übersieht der Feminismus eine der bedeutendsten Veränderungen in der Gesellschaft der Ex-DDR – ihre Differenzierung in Klassen aufgrund der Änderung der Eigentumsverhältnisse. Auch die Frauen gehören nunmehr unterschiedlichen Klassen an. Ihre verschiedenen objektiven Interessen sind mit einheitlich geschlechtsspezifischer Politik nicht mehr vereinbar.

Denunziation

Zwar schlossen sich die FeministInnen nicht im vollen Ausmaß der bürgerlichen Meinungsmache an, die alle Errungenschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Ex-DDR als „stalinistische Misswirtschaft“ denunzierte, aber sie erklärten, dass der „Gleichstellungsvorsprung“ für die Frauen der EX-DDR ihnen geschenkt worden sei und sie jetzt, wo es die „freigiebige“ Hand der Bürokratie nicht mehr gäbe, um ihre Rechte genauso kämpfen müssten wie die Frauen im Westen.

Im Westen hatte allerdings der Feminismus wesentlichen Anteil daran, den Kampf der Frauen von dem des Proletariats zu trennen und ihn auf diese Weise in die Irre zu führen. Auch in der Frage der Wiedervereinigung ging der Feminismus von einer für alle Frauen geltenden Ausgangslage aus. Auf der Ost-West-Frauenkonferenz 1990 hatten die westlichen FeministInnen nur ihre ewige Litanei über das überall gleiche Patriarchat parat und enthielten sich jeder geistigen Anstrengung über die Aufgaben, vor denen sich die Frauen in der Ex-DDR angesichts der bevorstehenden Einengung ihres Lebens durch die Restauration gestellt sahen.

So ignorierte der Feminismus die grundlegende Aufgabe für das deutsche Proletariat, die Restauration auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu verhindern und die politische Revolution zu einer sozialen im Westen auszuweiten. Für ihn gab es die Frage der Errichtung einer Klassengesellschaft nicht. Die Aufgabe sollte vielmehr heißen, positive Errungenschaften der Frauen im Osten auch auf den Westen zu übertragen.

Feministische Ingnoranz

Zu den positiven Errungenschaften zählte für die FeministInnen an vorderster Stelle die Fristenregelung für den Schwangerschaftsabbruch, aber schon nicht mehr unbedingt der Bestand an betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen. So kam von den FeministInnen bezeichnenderweise keinerlei Unterstützung für den zehnwöchigen Kitastreik im Frühjahr 1990 im Westen Berlins. Andererseits ist es dem Feminismus strukturell auch schwer möglich, selbst effektive Kampfschritte zu setzen, da der Feminismus sich ja eben gerade als „unabhängig“ von der ArbeiterInnenbewegung

sieht und aus diesem Grunde auch nichts dazu unternimmt, in den ArbeiterInnenorganisationen selbst dafür zu kämpfen, „Frauenthemen“ zu einem integralen Bestandteil der Politik dieser Organisationen zu machen. Unterstützung kam vor allem aus dem Ostteil der Stadt, wo es gleichzeitig Aktionen von Frauen gegen die Schließung von betriebseigenen Kinderbetreuungseinrichtungen gab.

Der Feminismus besteht auf der unabhängigen Organisierung von Frauen, um die Gleichheit mit den Männern in der Gesellschaft durchzusetzen. Er sieht den Kampf der Frauen als abgetrennt und unabhängig vom Klassenkampf, statt sich dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen Frauenunterdrückung ein Teil des Kampfes der gesamten ArbeiterInnenklasse wird. Mit dem Argument, dass die Interessen der Frauen sich nicht nur von den Männern unterscheiden, sondern ihnen sogar entgegengesetzt seien, lehnt er eine gemeinsame Organisierung mit den Männern ab und plädiert für den Zusammenschluss der Frauen aller Klassen. Diese Position schwächt die ArbeiterInnenbewegung.

Radikale FeministInnen geißeln die Unfähigkeit der bürokratischen Gesellschaften und meinen, das Leid der Frauen dort habe gezeigt, dass der Sozialismus keine Garantie für die Frauenbefreiung sei. Tatsächlich war die Vergesellschaftung der Hausarbeit in der DDR völlig ungenügend (wie übrigens, wenn auch in anderer Weise auch im Kapitalismus), die Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt war groß. Viele Errungenschaften waren auf einem so schlechten Niveau, so dass kurz nach der Wende viele Frauen froh waren, zu Hause bleiben zu können, um sich um die Familie zu kümmern. Solange sie in der schlecht organisierten, häufig monotonen und mühseligen Betriebsarbeit steckten, schien ihnen das attraktiv. Der radikale Feminismus übersieht aber, dass diese Gesellschaften nie sozialistisch waren, sondern eine Bürokratie die der ArbeiterInnenklasse zustehende Macht an sich gerissen hatte. Der „demokratische“ Kapitalismus wurde von der Opposition (auch von den Frauengruppen), von westlichen Medien und PolitikerInnen und sogar von den StalinistInnen selbst als Ausweg aus der Krise der Planung gepriesen. Inzwischen haben auch die Frauen in der Ex-DDR gemerkt, dass ihnen der Kapitalismus keine Perspektive bietet.

Der „sozialistische Feminismus“, wenngleich weniger separatistisch, teilt dennoch die Idee, dass die Strukturen der Frauenunterdrückung getrennt von anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen existieren. Diese Idee des eigenständigen Patriarchats lässt ihn ebenfalls zu der Aussage kommen, dass Frauen sich „autonom“ organisieren sollten.

Kleinbürgerlich

Die „sozialistischen Feministinnen“ betreiben in Wirklichkeit eine Politik, die den Interessen kleinbürgerlicher Frauen entgegenkommt (z. B. deren Aufstieg in Führungspositionen). Dabei bedienen sie sich durchaus systemkonformer Methoden, die sie sonst als typisch für das patriarchalische Machtgefüge anprangern, wie z. B. im Fall der gestürzten hessischen Umweltministerin Margarethe Nimsch, die es als ihre feministische Pflicht ansah, eine Parteifreundin zu begünstigen, oder der

Hamburger Sozialsenatorin, die familienorientiert genug war, einer Institution, der ihr Mann als Geschäftsführer diente, einen satten Auftrag zuzuschancen.

Sozialistische FeministInnen stehen häufig im Dienst der reformistischen Parteien, die zwar verbal für die Emanzipation eintreten, konkret jedoch häufig Sozialabbau vorantreiben, der zu Lasten der Frauen geht (z. B. Privatisierung von Betrieben, öffentlichem Dienst und Sozialfürsorge).

Den „sozialistischen Feminismus“ interessieren die Sorgen und Probleme der Mehrheit der proletarischen Frauen in Wirklichkeit nicht. Die Begeisterung über den virtuellen Feminismus von Gleichstellungsbeauftragten, Frauenministerien und Quotenregelungen verleugnet die Realität, die für die Mehrheit der Frauen, trotz größerer Einbeziehung in Produktion und gesellschaftliche Funktionen weiterhin in Unterdrückung, Schlechterstellung, Abhängigkeit vom Mann und Zuständigkeit für die Familie besteht.

Die Frauenarbeitsgemeinschaft LISA der PDS fasst „Analyse“ und „Programm“ in zwei Sätze: „Frauen dürfen nicht länger zur Anpassung an männliche Wert- und Lebensvorstellungen gezwungen sein. Frauendiskriminierung zu beseitigen, setzt nicht nur rechtliche Gleichstellung voraus, sondern erfordert Umdenken in allen Lebensbereichen.“ (23)

Das erklärte Ziel der PDS heißt „demokratischer Sozialismus“ und soll aus Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie und ganz viel sozialer Gerechtigkeit bestehen. Da passt es schlecht, dass es eben die Marktwirtschaft, das kapitalistische System ist, das aus der Frauenunterdrückung genügend Vorteile zieht, um sie ständig weiter zu reproduzieren. Nicht der Kapitalismus, sondern angeblich männliche Wert- und Lebensvorstellungen zwingen Frauen, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, zwingen sie, zu gebären, zwingen sie in ungeschützte und Teilzeitarbeitsverhältnisse usw. Warum sollten Männer dann umdenken und warum hat die PDS – deren Frauenanteil unter dem der Männer liegt – die von LISA aufgestellten, durchaus begrüßenswerten Forderungen wie ersatzlose Streichung des §218 StGB oder gleichen Lohn für gleiche Arbeit überhaupt übernommen?

Reformismus

Vom Stalinismus, der die ArbeiterInnenklasse im Namen einer „friedlichen Koexistenz mit dem Kapitalismus“ niederhielt, ist die PDS zu einem sozialdemokratischen Reformismus konvertiert, der keine Klassen mehr kennt, sondern nur noch individuelle „Wert- und Lebensvorstellungen“, die je nach Interpretationsbedarf in von den gesellschaftlichen Verhältnissen abgekoppelte Gegensätze gestellt werden: „konservativ und reformerisch“, „rechts und links“, „männlich und weiblich“.

Natürlich ziehen auch die Männer der ArbeiterInnenklasse handfeste Vorteile aus der Frauenunterdrückung: Sie erhalten im allgemeinen bessere Löhne und haben meist bessere Arbeitsbedingungen als die Frauen. Zusätzlicher Nutzen erwächst ihnen daraus,

dass die Frauen den Großteil der Hausarbeit oft zusätzlich zur Lohnarbeit machen. Die Familienstruktur verfestigt diese Situation, die sexistische Ideologie der männlichen Dominanz in ihr bringt die Männer dazu, ein Verhalten anzunehmen, das die Frauen direkt unterdrückt.

Aber die Vorteile, die Männer der ArbeiterInnenklasse aus der Frauenunterdrückung ziehen, sind in historischem Ausmaß so gering, dass die Nachteile, die sich aus der Frauenunterdrückung ergeben, unvergleichlich schwerer wiegen. Flexibilisierte Arbeitszeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Löhne der Frauen üben auf jene der Männer einen ständigen Druck aus. Im Verbund mit der sexistischen Ideologie wird eine Spaltung innerhalb der Klasse aufrechterhalten, die ihre kollektive Kraft schwächt. Das Proletariat insgesamt hat ein historisches Interesse am Sturz des Kapitalismus, um der Frauenunterdrückung die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die Männer der ArbeiterInnenklasse sind daher die strategischen Verbündeten der Frauen im Kampf gegen das kapitalistische System.

Verschleierung

Diese Tatsache zu verschleiern, sind alle feministischen Richtungen, erst recht der bürgerliche Feminismus in Gestalt des Deutschen Frauenrates, bemüht. Der Deutsche Frauenrat (DF) ging 1969 aus dem „Informationsdienst für Frauenfragen“ hervor, in dem sich 1951 nach dem Zweiten Weltkrieg neu oder wieder gebildete Frauenverbände zusammengeschlossen hatten. Er versteht sich in der Traditionslinie des Bundes Deutscher Frauenvereine und „will Veränderungen ausschließlich auf den üblichen Wegen des herrschenden Gesellschaftssystems erreichen“. Dazu muß sich der DF als „überparteiliche und -konfessionelle Dachorganisation“ „am Konsens seiner Mitglieder orientieren“.

Die Vielfalt der Mitglieder spiegelt sich im Vorstand, in dem die Bundesfrauenvertretung des Deutschen BeamtInnenbundes, der Deutsche ÄrztInnenbund, der Deutsche JuristInnenbund, die Evangelische Frauenarbeit, der Katholische Deutsche Frauenbund, der Deutsche Sportbund, der JournalistInnenbund, der Deutsche Landfrauenverband und - der DGB vertreten sind. Die Monatszeitschrift des DF „Informationen für die Frau“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. In allen 16 Bundesländern gibt es Landesfrauenräte, die eng mit dem Deutschen Frauenrat zusammenarbeiten.

Dass die Existenz dieser Organisation kaum bekannt ist, obwohl sie nach eigenen Aussagen elf Millionen Frauen einschließlich Mehrfachmitgliedschaften vertritt, zeigt, wie wenig die Belange der proletarischen Frauen und damit die tatsächlichen Probleme, vor denen der Kampf für die Frauenemanzipation gestellt ist, in diesem Gremium zum Zuge kommen. Zur Erinnerung an die Gründung des BDF vor 100 Jahren organisierte der Deutsche Frauenrat am 5. März 1994 eine Kundgebung in Bonn gegen die „fortwährende Benachteiligung der weiblichen Bevölkerung“. Nur drei Tage später, am Internationalen Frauentag des gleichen Jahres, hatte der DF zur Benachteiligung von Frauen nicht mehr viel zu sagen.

Diese Organisation existiert trotz aller gleichstellungspolitischen Phrasen nur, um die Interessen und den Kampf der

Frauen der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Systems unterzuordnen. Die Organisationen der proletarischen Frauen haben darin nichts verloren.

Endnoten

(1) „Beteiligung am Erwerbsleben“, Quelle: Statistisches Bundesamt.

(2) Mit einer Abiturientenquote von 13 % lag die DDR deutlich unter jener der BRD mit ca. 35 % pro Altersjahrgang.

(3) Lesart nach „Kleines politisches Wörterbuch“: „...In der sozialistischen Gesellschaft entwickelt sich die Familie auf der Grundlage des gleichen sozialen Verhältnisses ihrer Mitglieder zum sozialistischen Eigentum und der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau immer mehr zu einer stabilen Lebensgemeinschaft, in der die Fähigkeiten und Eigenschaften Unterstützung finden, die das Verhalten der Menschen als sozialistische Persönlichkeit bestimmen. Insbesondere für die Charakterbildung der Kinder, ihre Erziehung zu gesunden, lebensfrohen, allseitig gebildeten Menschen und bewussten StaatsbürgerInnen haben harmonische Familienbeziehungen eine große Bedeutung. Weil die Stabilität der Familie außerordentlich wichtig für die Weiterentwicklung der ganzen Gesellschaft ist, garantiert die Verfassung der DDR u. a. jedem/r BürgerIn das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner/ihrer Ehe und Familie...“

(4) In der BRD wurde 1974 der Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Voraussetzungen legalisiert.

(5) Quelle: „Initial 4“: Artikel „Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria Nickel.

(6) In den alten Bundesländern waren von den 23,4 Millionen Haushalten 1991 9,4 Millionen, d. h. ca. 40 % Familienhaushalte, davon 51 % Familienhaushalte mit einem Kind und 37,8 % mit zwei Kindern. In den neuen Ländern und Ost-Berlin sind die Zahlen ganz ähnlich: 50,9 % Familienhaushalte mit einem Kind, 40,8 % mit zwei Kindern.

(7) Quelle: „Initial4“: Artikel „Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria Nickel.

(8) „Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland, April 1991“, in: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S.185.

(9) 1,2 Millionen waren als arbeitslos registriert. Der größere Teil war in „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“ untergebracht bzw. verschwand durch Kurzarbeit, Frühpensionierung u. ä. aus der Statistik.

(10) Quelle: „Initial 4“: Artikel von

Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(11) „Frauenanteile in Spitzenpositionen verschiedener Institutionen, aus Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 247.

(12) „Typische“ Frauenberufe sind v. a. HauswirtschaftsgehilfInnen und -verwalterInnen (97,1 %), SprechstundenhelferInnen (99,6 %), KindergärtnerInnen und -pflegerInnen (98,6 %), Krankenschwestern und -pfleger (83,6 %) und VerkäuferInnen (80,2 %) – alle Zahlen 1984 für die alten Bundesländer. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(13) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(14) Gegenüber 1990 gab es 1991 einen Geburtenrückgang um 39,6 %. Dieses drastische Geburtentief verringerte sich 1992 nochmals um 18,1 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(15) Der Rückgang der Eheschließungen gegenüber 1990 betrug 1991 50,4 % und sank 1992 gegenüber 1991 auf 4,5 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(16) Der Rückgang der Ehescheidungen betrug von 1990 auf 1991 72 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(17) Tabelle „Ehescheidungen in der BRD/DDR bzw. alten und neuen Bundesländern“, in: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 127.

(18) 1991 betrug der Prozentanteil nichtehelicher Geburten in Deutschland 15 % mit einem sehr hohen Anteil von 40 % in den neuen Bundesländern. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(19) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(20) Wenn man als Schwellenwert für Armut zugrunde legt, dass weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügbar sind, so mussten 1992 6,5 % aller westdeutschen Haushalte und 12,7 % aller ostdeutschen Haushalte als arm bezeichnet werden. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(21) Der einzige größere Erfolg des UFV war, maßgeblich daran mitgewirkt zu haben, dass für eine Übergangszeit auf dem Gebiet der Ex-DDR die im Vergleich zum Westen fortschrittlichere Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch weiterbestand. Dies spiegelt sich

bis 1992 auch in den Zahlen wider: In den alten Ländern wurden 75.000 Schwangerschaften legal abgebrochen, davon fast 90 % aus „schwerer Notlage“, in den neuen Ländern (mit etwa einem Viertel der Bevölkerung) wurden 44.000 Schwangerschaften abgebrochen.

(22) „Anteile der Produktionssektoren an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit 1950 in %“ und Tabelle „Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt im früheren Bundesgebiet in %“ (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S.183 f.). - In der DDR betrug 1990 der Anteil des primären Sektors 8,2 %, des sekundären 44,8 % und des tertiären 47 %, wobei die völlig andere Struktur des tertiären Sektors zu berücksichtigen ist. Der Dienstleistungssektor war vernachlässigt, da er als nicht-produktiv galt und dementsprechend in der Bilanzierung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts nicht auftauchte.

(23) „Feminismus und PDS“, Internetseite der Frauenarbeitsgemeinschaft LISA in der PDS.